Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3678

Kleine Anfrage Nr. 290

der Fraktion der SPD

betr. Werbungskosten.

Aus der Presse wird bekannt, daß in Rundschreiben einer politischen Partei, die um Beiträge für ihre Parteizwecke wirbt, darauf hingewiesen wird, daß der in Aussicht genommene Spendenbeitrag als Abonnementspreis für Informationsbriefe steuerfrei verbucht werden könne, wozu Rechnung als Buchungsunterlage zugestellt werde.

Wir fragen den Herrn Bundesminister der Finanzen:

1. Ist der Herr Bundesminister der Finanzen der Ansicht, daß Beiträge an politische Parteien als steuerfreie Unkosten angesehen werden können, wenn die Zahlung dieser Beiträge als Bestellung eines politischen Informationsdienstes getarnt wird, der zum Zwecke der Werbung solcher Beiträge oder für die Zwecke der Partei ausgegeben wird?

2. Was gedenkt der Herr Bundesminister der Finanzen zu tun, um einer solchen Umgehung der Bestimmungen des Steuerrechts entgegenzutreten?

Bonn, den 9. September 1952

Ollenhauer und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1